

„Mehr Waffen helfen nicht“

UKRAINE-KRIEG Warum der hallesche Politologe Johannes Varwick zu einem Interessenausgleich mit Russland rät und wie eine politische Lösung aussehen könnte.

HALLE/MZ - Im Büro von Johannes Varwick an der Uni Halle hängt eine Nato-Fahne - ein klares Bekenntnis des Professors für internationale Beziehungen und europäische Politik zum westlichen Verteidigungsbündnis. Mit seiner Sicht auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine eckt Varwick immer wieder an. „Realpolitik wirkt immer kaltherzig“, sagt er dazu. MZ-Reporter Alexander Schierholz sprach mit ihm.

Herr Varwick, neulich haben Sie in der Talkshow von Sandra Maischberger gesagt, die Ukraine sei verloren. Soll der Westen die Ukraine aufgeben?

Johannes Varwick: Es geht nicht darum, die Ukraine fallenzulassen, sondern es geht um nüchterne Schadensbegrenzung. Russland hat die Eskalationsdominanz und auch die Skrupellosigkeit, seine Ziele zu erreichen. Wir haben dem nichts entgegenzusetzen. Nicht weil wir nicht könnten. Sondern weil wir nicht in einen Krieg mit Russland hineingezogen werden wollen.

Nichts entgegenzusetzen? Was ist mit den Waffen, die in die Ukraine geliefert werden?

Waffenlieferungen sind nach meiner Überzeugung nicht der richtige Weg. Mehr Waffen führen nur dazu, dass Russland weiter eskaliert und der Konflikt blutiger und länger wird. Das ist ein Ritt auf der Rasierklinge.

Was ist dann der richtige Weg, aus Ihrer Sicht?

Es geht um Schadensbegrenzung und nicht um ideale Lösungen. Langfristig brauchen wir eine neue europäische Sicherheitsarchitektur. Nicht mit dem Russland unter Putin. Aber mit Russland. Das steht jetzt nicht sofort auf der Agenda. Aber da müssen wir hin.

Was steht momentan auf der Agenda?

Wir sollten versuchen, den Konflikt einzufrieren und auf einen Interessenausgleich mit Russland hinzuarbeiten.

Was meinen Sie damit?

Wir sollten akzeptieren, dass die Ukraine weder eindeutig zum Westen noch zu Russland gehört, sondern eine Art überlappende Einflusszone ist. Das bedeutet auch, dass das Land weder der EU noch der Nato angehören sollte. Zum anderen müssen wir uns darüber klar sein, dass die Krim und der Donbass für die Ukraine für lange Zeit verloren sein werden. Das heißt nicht, diese Besetzung durch Russland völkerrechtlich anzuerkennen. Aber wir sollten sie als Realität nehmen.



Kinder vor einem im Krieg zerstörten Haus in der ukrainischen Stadt Chernihiv

FOTO: AP/NATASHA FISARENKO

Das würde die Ukraine niemals akzeptieren.

Moralisch und menschlich kann ich das nachvollziehen. Aber die Interessen der Ukraine sollten nicht automatisch auch unsere Interessen sein.

Was sollten denn dann unsere Interessen sein in diesem Krieg?

Wir sollten alles daran setzen, uns nicht in einen Krieg mit Russland hineinzuziehen zu lassen, schon gar nicht in einen Atomkrieg.

Als wie groß schätzen Sie diese Gefahr ein?

Das ist sehr schwer einzuschätzen. Klar ist: Gemäß der russischen Nuklearstrategie wird Russland Atomwaffen einsetzen,



„Putin setzt die Zukunft seines Landes aufs Spiel.“

Johannes Varwick

Politologe

FOTO: VARWICK

sobald es sich in seiner Existenz bedroht fühlt.

Aber von einer Bedrohung Russlands kann doch keine Rede sein.

Natürlich nicht. Aber sieht Putin das auch so? Da bin ich nicht sicher. Wann Russland sich bedroht fühlt, bestimmt Russland, nicht der Westen.

Aber würde ein Interessenausgleich, wie Sie ihn vorschlagen, bei Putin nicht so ankommen: Ich kann mir nehmen, was ich will, der Westen kommt mir immer noch entgegen.

Keine Frage, Russland ist der Aggressor. Niemand will das russische Verhalten akzeptieren, sondern wir sollten versuchen es zu verändern. Aber wenn jemand am Boden liegt, sollte man nicht noch nachtreten, sondern ihm die Hand reichen.

Das müssen Sie bitte erklären. Russland liegt doch nicht am Boden.

Um es mit dem französischen Präsidenten Macron zu sagen: Russland sollte in unserem eigenen Interesse nicht gedemütigt werden. Ich erwarte nicht, dass Russland gestärkt aus diesem Krieg hervorgeht, im Gegenteil: Putin setzt gerade die Zukunft seines Landes aufs Spiel. Wir könnten schneller, als uns lieb ist, in eine Situation geraten, in der ein schwaches oder gar zerfallendes Russland zu einem riesigen Problem wird.

Sie denken weit voraus, aber die Menschen in der Ukraine können gerade nur von Tag zu Tag denken. Wie wollen Sie da solche Überlegungen vermitteln?

Realpolitik wirkt immer kaltherzig, das ist mir klar. Aber der Weg, den wir jetzt gehen, immer mehr Waffen zu liefern, hat doch bisher keinen Erfolg gebracht. Russland hat 20 Prozent des Gebietes der Ukraine besetzt, jeden Tag sterben hunderte Menschen. Das ist ein hoher Preis, der mit jeder Waffenlieferung weiter in die Höhe getrieben wird. Es ist die Ukraine, die diesen Preis zahlt. Das dürfen wir nicht vergessen.

Auch Bundeskanzler Olaf Scholz hat der Ukraine bei seinem Besuch in Kiew in der vergangenen Woche weitere Waffenlieferungen zugesichert.

Ich hoffe sehr, dass sich aus diesem Besuch noch mehr entwickelt, nämlich ein Friedensplan. Es war gut, dass Scholz gemeinsam mit Macron und Italiens Regierungschef Draghi gereist ist - das ist, verglichen mit den USA oder Polen, das gemäßigtere Trio, wenn Sie so wollen. Italien hatte vor einiger Zeit bereits Ideen für einen Friedensplan vorgelegt, mit einem Waffenstillstand, UN-Truppen entlang der Grenze und entmilitarisierten Zonen. In Frankreich gibt es ähnliche Vorstellungen. Daran sollte man anknüpfen. Das wäre eine politische Lösung, wie wir sie brauchen.